



Niederschrift

Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss

20. Wahlperiode – 76. Sitzung

am Mittwoch, dem 14. Januar 2026, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Anwesende Abgeordnete

Claus Christian Claussen (CDU), Vorsitzender

Andreas Hein (CDU)

Lukas Kilian (CDU)

Peer Knöfler (CDU)

Rasmus Vöge (CDU)

Dr. Ulrike Täck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nelly Waldeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Thomas Hölck (SPD)

Kianusch Stender (SPD)

Dr. Bernd Buchholz (FDP)

Sybilla Nitsch (SSW)

Weitere Abgeordnete

Uta Wentzel (CDU)

Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Marc Timmer (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. a) Verwendung der noch verfügbaren Mittel aus der Northvolt-Wandelanleihe....	6
Vertrauliche Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus	
b) Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand eines Closing der Übernahme von Northvolt Drei durch Lyten.....	6
Berichtsantrag des Abgeordneten Kianusch Stender (SPD) Umdruck 20/5791	
2. Vorstellung des Projekts GATEWAY49.....	13
Vorschlag des Vorsitzenden	
3. Tätigkeitsbericht des Dänemark-Koordinators Adam Butter (WTSW): Ein Jahr Landeskoordination Dänemark.....	19
Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus Umdruck 20/5335	
4. Abschlussbericht der Landesregierung über den Umsetzungsstand der im Rahmen des Normenscreenings Planungsbeschleunigung.....	22
Umdruck 20/5733	
5. a) Echte Verfahrensbeschleunigung für Infrastrukturvorhaben – Legalplanung nach dänischem Vorbild.....	23
Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 20/2207	
b) Alle Möglichkeiten der Planungsbeschleunigung nutzen!.....	23
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/2225	
Schlussfolgerungen des Normenkontrollrates für schnellere Genehmigungsverfahren umsetzen.....	23
Antrag der Fraktion der FDP Umdruck 20/5654	
6. Bericht über die Energieministerkonferenz (EnMK) vom 3. bis 5. Dezember 2025 in Stralsund.....	24
Angebot des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur	

7. Fachgespräch.....	25
a) Hafeninfrastruktur in Schleswig-Holstein nachhaltig finanzieren und ausbauen	
Antrag der Fraktion des SSW	
Drucksache 20/3176	
b) Landeshafenstrategie Schleswig-Holstein	
Bericht der Landesregierung	
Drucksache 20/3830	
Deutscher Gewerkschaftsbund – Bezirk Nord Heiko Gröpler, Abteilungsleiter	
Umdruck 20/5826	25
Gesamtverband Schleswig-Holsteinischer Häfen e. V. (GvSH) Frank Schnabel, Vorstandsvorsitzender.....	26
Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein Dr. Sabine Schulz, Federführung Maritime Wirtschaft	
Umdruck 20/5843	26
Logistik Initiative Schleswig-Holstein Holger Matzen, Vorstandsvorsitzender Roy Kühnast, Vorstand und Geschäftsstellenleitung	
Umdruck 20/5807	27
8. Daten effizienter vernetzen.....	32
Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Drucksache 20/2749	
9. Bericht zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.....	33
Bericht der Landesregierung	
Drucksache 20/3748	
10. Information/Kenntnisnahme.....	34
Umdrucke 20/5723 (vertraulich), 20/5724 (nicht öffentlich) – ersetzen zusammen den vertraulichen Umdruck 20/5578 , Haushalt 2026, Antworten zu Einzelplan 06; Teilnahmeliste Nordwärts-Dinner	
Umdruck 20/5775 : Landesverordnung über vorübergehende Ausnahme bei elektronischen Aktenführung, Zuständigkeitsbereiche Bußgeld	
Unterrichtung 20/300 : Bundesratsinitiative zur Änderung der StVO zum Schutz von Einsatzkräften	
Unterrichtung 20/301 : Bundesratsinitiative, Klimaschutzprogramm des Bundes	
Unterrichtung 20/310 : Ergebnisprotokoll MPK vom 4. Dezember 2025	
11. Verschiedenes.....	35

Der Vorsitzende, Abgeordneter Claussen, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Tagesordnungspunkt 5 wird von der Tagesordnung abgesetzt; im Übrigen wird die Tagesordnung in der vorstehenden Fassung einstimmig gebilligt.

Gemäß § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung beschließt der Wirtschaftsausschuss einstimmig, den Umdruck [20/5723](#) vertraulich zu behandeln und seine Inhalte geheim zu halten. – Abgeordneter Dr. Buchholz erklärt, er werde ab sofort der vertraulichen Einstufung von Beratungen und Unterlagen, die Northvolt beträfen, nicht mehr zustimmen, da aus seiner Sicht zum jetzigen Zeitpunkt die Begründung für eine vertrauliche Befassung, der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, nicht mehr trage. – Der Wirtschaftsausschuss beschließt gegen die Stimme des Abgeordneten Dr. Buchholz mit den Stimmen der übrigen Mitglieder des Ausschusses, auch die Umdrucke [20/5694](#) und [20/5771](#) sowie die am 13. Januar 2026 von der Landesregierung zur Einsichtnahme im Ausschussbüro zur Verfügung gestellten Unterlagen zum Thema Northvolt gemäß § 17 Absatz 2 vertraulich zu behandeln und ihre Inhalte geheim zu halten.

1. a) Verwendung der noch verfügbaren Mittel aus der Northvolt-Wandelanleihe

Vertrauliche Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Vertraulicher Umdruck [20/5771](#)

hierzu: Umdrucke [20/5694](#) (vertraulich), [20/5776](#), [20/5781](#)

b) Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand eines Closing der Übernahme von Northvolt Drei durch Lyten

Berichtsantrag des Abgeordneten Kianusch Stender (SPD)

Umdruck [20/5791](#)

(Dieser Tagesordnungspunkt wird gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 der Landesverfassung und § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtags teilweise nicht öffentlich und vertraulich beraten)

Wirtschaftsminister Madsen führt in den Tagesordnungspunkt ein. - Zum aktuellen Stand bei der Northvolt-Wandelanleihe führt er aus, inzwischen sei gerichtlich entschieden worden, dass das von Bund und Land befürwortete und unterstützte Verfahren wie vorgesehen umgesetzt werden könne. Das sei eine sehr erfreuliche Entwicklung, zum einen für die Aussichten einer erfolgreichen Investorenübernahme, zum anderen aber insbesondere auch für Bund und Land sowie die Steuerzahler. Weitere Informationen dazu werde er gern in einem vertraulichen Teil der Sitzung geben.

Außerdem informiert er über den aktuellen Sachstand zur Übernahme von Northvolt durch Lyten (Umdruck [20/5939](#)). Dabei betont er unter anderem, dass Bund und Land bei der Übernahme keine Vertragspartner seien, und daher weder an den Verhandlungen beteiligt seien noch über Detailinformationen zu den Gesprächen zwischen Lyten und dem Insolvenzverwalter der Northvolt AB verfügten.

Zur Bereitstellung von Unterlagen für das Parlament verweist Minister Madsen auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage der FDP-Fraktion vom 17. Dezember 2025, Drucksache [20/3963](#). Der Landesregierung seien am 22. Dezember 2025 eine Reihe von Unterlagen zugeleitet worden, die gerade noch geprüft und plausibilisiert würden. Die wesentlichen Unterlagen darunter habe man gestern dem Parlament zugeleitet. Es handle sich nicht um eine Verzögerung der Landesregierung, denn erstens bestehe aktuell kein akuter Entscheidungsbedarf des Parlaments, zweitens müssten die mehrere hundert Seiten umfassenden Vorlagen auch erst einmal durch die Landesregierung gesichtet werden. Derzeit werde geklärt, welche weiteren Unterlagen noch zu Verfügung gestellt werden könnten. Er kündigt außerdem an, dass noch heute oder morgen dem Parlament eine Stellungnahme von W&C und eine Einwertung der Bürgschaftsbank zur vertraulichen Einsicht zugeleitet werden sollten, die die Landesregierung gestern erreicht hätten. Die Landesregierung informiere also das Parlament – wie zugesagt – zeitnah und transparent. Weitere Details könne er gern in einem nicht öffentlichen und vertraulichen Sitzungsteil nennen.

Abgeordnete Nitsch stellt fest, dass die Landesregierung Unterlagen, die sie bereits vor Weihnachten zugesandt bekommen habe, den Wirtschaftsausschussmitgliedern erst einen Tag vor der heutigen Sitzung zur Einsichtnahme zur Verfügung stelle, sei für sie keine transparente und gute Informationspolitik der Landesregierung. Weil es sich dabei um mehrere hundert Sei-

ten umfassende Dokumente handle, sei es den Ausschussmitgliedern so – anders als der Landesregierung – nicht möglich gewesen, diese noch vor der Sitzung zu erfassen und zu bewerten. Auf ihre Frage, wann die Landesregierung das erste Mal Einsicht in diese Unterlagen bekommen habe, antwortet Frau Carstens, Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, die Unterlagen seien der Landesregierung am 22. Dezember 2025 übersandt worden, nicht bereits vorher. Sie biete gern an, in einer der kommenden Sitzungen oder in einer Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses noch einmal ausführlich über die zugesandten Unterlagen zu sprechen, wenn die Abgeordneten ausreichend Gelegenheit gehabt hätten, sich intensiver mit ihnen zu befassen.

Abgeordneter Dr. Buchholz merkt an, Minister Madsen habe zu Beginn seines Statements erklärt, dass ein Verfahren erfolgreich in Gang gesetzt worden sei. Damit nehme sich die Landesregierung das Recht heraus, jetzt die Öffentlichkeit über einen Verfahrensstand zu informieren, der den Abgeordneten nur als vertrauliche Information in einem vertraulichen Umdruck vom 19. Dezember 2025 vorliege. Es sei nicht akzeptabel, dass die Landesregierung mit der Vertraulichkeit so umgehe, wie es ihr passe, ohne die Interessen des Parlaments zu berücksichtigen.

Er kritisiert außerdem, dass eine Reihe von Fragen aus dem Parlament, die schon im November letzten Jahres an die Landesregierung im Zusammenhang mit Northvolt gerichtet worden seien, immer noch nicht beantwortet seien, obwohl Artikel 29 Landesverfassung vorsehe, dass Fragen von Abgeordneten von der Landesregierung unverzüglich zu beantworten seien. – Staatssekretärin Carstens erklärt, ihrer Kenntnis nach habe das Wirtschaftsministerium mit Datum vom 15. Dezember 2025 in einem Schreiben an den Landtag alle Fragen beantwortet. Dieses müsste eigentlich allen Abgeordneten vorliegen. – Auf erneute Nachfrage des Abgeordneten Dr. Buchholz nach der Umdrucknummer der Vorlage, erklärt Minister Dr. Schrödter, die Aufklärung parallel zur laufenden Sitzung gerade habe ergeben, dass die Vorlage zwar am 15. Dezember 2025 das Wirtschaftsministerium verlassen habe, aber noch nicht dem Landtag übersandt worden sei. Innerhalb der Landesregierung werde jetzt geklärt, in welchem Verfahrensschritt und an welcher Stelle die Vorlage sozusagen gerade hänge (siehe hierzu Umdruck [20/5833](#)).

Abgeordneter Stender erklärt, inzwischen habe er den Eindruck, die Landesregierung agiere mit System, indem sie den Ausschüssen des Parlaments die für die Beratung relevanten Unterlagen immer erst einen Tag vorher zuleite. Das sei nicht in Ordnung und auch kein transparentes Verhalten. Außerdem schließe er sich der Kritik von Abgeordnetem Dr. Buchholz daran an, dass dem Parlament vieles nur vertraulich zur Verfügung gestellt werde, aber der Minister dann eigenmächtig entscheide, Informationen daraus an die Presse weiterzugeben, ohne auch zeitgleich diese Teile der Unterlagen und Beratungen zu entstufen. Er verliere deshalb so langsam den Überblick darüber, was noch vertraulich zu behandeln sei und was nicht mehr. Es sei auch nicht in Ordnung, wenn die Weiterleitung von Unterlagen an das Parlament mit der Argumentation verzögert werde, dass gerade kein akuter Entscheidungsbedarf bestehe. Genauso deshalb habe man auch die Klage beim Landesverfassungsgericht eingereicht. Er halte es außerdem geradezu für tollkühn, dass sich die Landesregierung hier heute hinstelle und den aktuellen Stand als gute Nachricht für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler darstelle, obwohl Land und Bund in der Angelegenheit jeweils 300 Millionen Euro Steuergelder in den Sand gesetzt hätten.

Auf Kritik von Abgeordnetem Stender, dass die Landesregierung die Information über den neuen anvisierten Termin für das Closing noch nicht früher an die Abgeordneten weitergeleitet habe, erklärt Staatssekretärin Carstens, dass auch das Wirtschaftsministerium erst gestern von Lyten über den Zeitpunkt, Ende erstes Quartal 2026, informiert worden sei, die Information also nicht eher weitergeben können.

Sie verwehrt sich außerdem dagegen, dass Aussagen des Ministers falsch wiedergegeben würden, deshalb schlage sie vor, dem Ausschuss im Anschluss an die Sitzung den Sprechzettel des Ministers zur Verfügung zu stellen. Dann könne jeder nachlesen, was genau der Minister gesagt habe (Umdruck [20/5939](#)). Es sei auch nicht richtig, dass die Landesregierung vertrauliche Informationen an die Presse geben.

Abgeordneter Stender und Abgeordneter Hölck fragen, ob Lyten inzwischen einen Businessplan vorgelegt habe, aus dem die weiteren Pläne Lytens zum Standort in Heide ersichtlich seien, damit man sich darauf vor Ort auch entsprechend vorbereiten könne. – Staatssekretärin Carstens weist darauf hin, dass Lyten nicht dazu verpflichtet sei, dem Bund oder dem Land einen Businessplan zur Verfügung zu stellen, da es bislang keine Förderanträge gestellt habe.

Selbstverständlich habe aber auch die Landesregierung ein Interesse an möglichst frühzeitiger Sicherheit und Planbarkeit für die Region und befindet sich dazu in Gesprächen.

Minister Dr. Schrödter stellt fest, offenbar hängt die Unterstützung der SPD-Fraktion bei Planungsprojekten und Planungsformen, in diesem Fall also auch ihre Unterstützung der Entwicklung von Infrastruktur in der Region, von der Vorlage eines überzeugenden Businessplans ab. - Abgeordneter Hölck und Abgeordneter Timmer heben hervor, dass es für die Handlungsträger vor Ort, in der Region, unter anderem die Gemeinden, wichtig sei, möglichst frühzeitig zu wissen, was Lyten in Zukunft plane. Denn bislang habe man die Infrastrukturprojekte vor Ort mit der Batteriefabrik von Northvolt geplant, daran zum Beispiel den B-Plan ausgerichtet. Es sei doch sozusagen der Super-GAU, wenn ein Closing stattfinde, Lyten aber das, was es vor habe, nicht umsetzen könne, weil die Gemeinden bei den dafür erforderlichen Rahmenbedingungen nicht mitgingen. Selbstverständlich sei es keine Bedingung, das man Einsicht in den Businessplan erhalte, aber was dort an dem Standort passieren solle, sei für die Region wichtig zu wissen. Die SPD-Fraktion jedenfalls fühlt sich diesem Informationsinteresse der Region verpflichtet. - Minister Dr. Schrödter versichert, dass sich die Landesregierung zu diesen Fragen in einem permanenten und zielgerichteten Austausch mit den Akteuren vor Ort befindet; gerade letzte Woche habe wieder eine Steuerungsrunde stattgefunden.

Abgeordneter Petersdotter weist darauf hin, dass die gestern von der Landesregierung über sandten Unterlagen nicht direkt etwas mit den Beratungsgegenständen - erstens Information der Landesregierung über die aktuelle Entwicklung rund um die Wandelanleihe; zweitens der Antrag der SPD-Fraktion über den aktuellen Stand eines Closings der Übernahme von Northvolt Drei durch Lyten -, die auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung ausgewiesen seien, zu tun hätten. Über das erste Thema könne die Landesregierung nicht viel öffentlich erzählen, habe das aber versucht. In dem Zusammenhang könne er auch den Dissens über die Einordnung nachvollziehen, ob der eine oder andere Satz von ihr in öffentlicher Sitzung hätte gesagt werden dürfen. Davon zu trennen seien die gestern dem Ausschuss zur Einsichtnahme zugeleiteten Unterlagen: Natürlich könne man sich gern in einer weiteren Sitzung noch ausführlich mit diesen Unterlagen beschäftigen. Er wundere sich deshalb etwas über die Dynamik, die sich jetzt zu dem Thema, Abstand des Vorlegezeitpunktes der Unterlagen zur heutigen Sitzung, entwickle. Seiner Einschätzung nach habe die Landesregierung die Unterlagen, berücksichtige man die Feiertage und Urlaubszeit, zügig an das Parlament weitergeleitet.

Er stellt weiter fest, man könne der Landesregierung nicht vorwerfen, dass Lyten keinen Businessplan vorgelegt habe, da das Unternehmen dazu nicht verpflichtet sei, auch wenn es verständlicherweise das Bedürfnis nach mehr Informationen gebe. Die Argumentation von Abgeordnetem Stender in der Presse von heute, je mehr Zeit verstreiche, desto unwahrscheinlicher werde eine Ansiedlung von Lyten, sei nicht nachzuvollziehen. Es helfe auch in der Sache nicht weiter, immer wieder darauf hinzuweisen, dass das Land 300 Millionen Euro in den Sand gesetzt habe. Seinem Eindruck nach führe die Opposition durch die Vermischung verschiedener Themen eine unangemessene Skandalisierung herbei.

Abgeordnete Nitsch merkt an, die Wahrnehmung, was den parlamentarischen Gepflogenheiten entspreche, angemessen sei und was eine Skandalisierung darstelle, hänge wohl von der Seite des Tisches ab, auf der man sitze. Der SSW skandalisiere hier nichts, sondern habe immer deutlich gemacht, dass er in der Sache mitarbeiten wolle und bereit sei, zur Landesregierung wieder Vertrauen aufzubauen. Das falle ihr in der heutigen Sitzung schwer, denn nicht einmal eine Minute, nachdem der Ausschuss zu Beginn dieser Sitzung mehrheitlich die Vertraulichkeit der Umdrucke [20/5694](#) und [20/5771](#) beschlossen habe, referiere der Minister in öffentlicher Sitzung über Inhalte genau dieser vertraulichen Unterlagen.

Sie fragt, ob die Unterlage mit Datum aus dem Oktober 2025, die gestern zur Einsichtnahme übersandt worden seien, der Landesregierung wirklich erst im Dezember 2025 zur Verfügung gestellt worden seien. – Staatssekretärin Carstens bestätigt, dass die Unterlagen dem Ministerium am 22. Dezember 2025 übersandt worden seien.

Abgeordnete Nitsch kündigt an, dass sie vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen ihren Antrag zur Herabstufung von zwei Unterlagen aus dem Aktenvorlageverfahren, der bislang von der Landesregierung abgelehnt worden sei, erneut einreichen werde. Denn jetzt sei offensichtlich der Wille der Bundesregierung da, Unterlagen zu entstufen. – Staatssekretärin Carstens erklärt, mit dem von Abgeordneter Nitsch angekündigten Antrag werde sich das Ministerium gern noch einmal beschäftigen.

Abgeordneter Dr. Buchholz möchte wissen, ob in dem eingeleiteten Verfahren nach Auffassung der Landesregierung ein Closing mit Lyten überhaupt noch möglich sei. – Staatssekretärin Carstens erklärt, eine Übernahme von Lyten für die Northvolt Drei, sei aus ihrer Sicht auch weiterhin möglich. Die entscheidende Frage sei, ob der gesignte Vertrag jetzt überhaupt noch

geclosed werden könne. Darauf werde man sicher im vertraulichen Teil der Sitzung später noch zu sprechen kommen.

Auf die Frage von Abgeordnetem Dr. Buchholz, ob es zutreffend sei, dass die Landesregierung von der Bundesregierung mehr als 1.000 Seiten an zusätzlichen Unterlagen am 22. Dezember 2025 übersandt bekommen habe, antwortet Staatssekretärin Carstens, es handle sich um eine höhere dreistellige Zahl an Seiten; die genaue Anzahl der Seiten könne sie nicht benennen. In den Unterlagen seien aber auch Vorlagen doppelt enthalten.

Abgeordneter Dr. Buchholz bittet die Präsidentin des Landesrechnungshofs um eine Einschätzung dazu, wann das vom Landtag in Auftrag gegebene Sonderbericht (Drucksache [20/3446](#)) betreffend Northvolt vorgelegt werden könne. – Frau Dr. Torp, Präsidentin des Landesrechnungshofs, erklärt, einen konkreten Zeitpunkt für die Vorlage könne sie noch nicht nennen. Der Bericht sei weitestgehend fertiggestellt; es fehle aber noch die Finalisierung durch die Haushaltsprüfung. Danach werde er den Senatsmitgliedern zur gemeinsamen Erörterung zugeleitet. Darauf folge die Zuleitung an die geprüften Stellen mit der Möglichkeit zur Stellungnahme. Im Anschluss daran werde der Bericht dem Landtag zugeleitet. – Herr Albrecht, Senatsmitglied im Landesrechnungshof, weist ergänzend darauf hin, dass der Landesrechnungshof anstrebe, in dem Bericht keine vertraulichen Daten zu verwenden, sodass er öffentlich vorgelegt und beraten werden könne.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Claussen, unterbricht die öffentliche Sitzung um 10:54 Uhr bis 11:45 Uhr für einen nicht öffentlichen und vertraulichen Sitzungsteil (siehe vertraulichen Teil der Niederschrift).

2. Vorstellung des Projekts GATEWAY49

Vorschlag des Vorsitzenden

Herr Dr. Schröder-Oeynhausen, Geschäftsführer des Technikzentrums Lübeck und Co-Founder des GATEWAY49-Accelerators, stellt anhand einer Präsentation das Projekt vor (Umdruck [20/5976](#)). Indem er die Entstehungsgeschichte schildert, weist er darauf hin, dass vor dem Hintergrund der Coronapandemie das Projekt rein digital aufgesetzt worden sei, weshalb von Beginn an Bewerbungen aus ganz Schleswig-Holstein eingegangen seien.

Im Weiteren führt Herr Dr. Schröder-Oeynhausen aus, angeboten werde unter anderem ein neunmonatiges Programm im Sinne einer Unternehmerausbildung. Ein Early-Stage-Team erhalte bis zu 35.000 Euro sowie Zugang zur Infrastruktur und zu einem mittlerweile etablierten Netzwerk.

Das Programm sei schulisch und generalistisch angelegt; es beginne im März und ende im November. Unterteilt sei es in drei Phasen. Die Teams hätten unter anderem die Aufgabe, ein Geschäftsmodell zu entwickeln, Prototypen zu erstellen, diese am Kunden zu validieren und anschließend mit einem funktionierenden Geschäftsmodell die Finanzierung sicherzustellen. Es habe sich gezeigt, dass dieses schulische Konzept eine gute Grundlage für den Erfolg von Start-ups bilde.

Neben dem wöchentlichen Coaching gebe es eine Vielzahl von Formaten, die den Start-ups zugutekämen, zum Beispiel Cluster Days zu branchenspezifischen Fragen sowie Hub Days zu Fragen der Finanzierung und der Wahl der richtigen Rechtsform, ferner Workshops mit Partnern von GATEWAY49, Besuche branchenspezifischer Messen und Learning Journeys. Daran werde deutlich, wie eng getaktet das neunmonatige Programm sei.

Herr Engel, Programmmanager und Co-Founder des GATEWAY49-Accelerators, setzt den Vortrag dahin gehend fort, der Auswahlprozess gestalte sich durchaus komplex. Gegenwärtig laufe die Ausschreibung zu Batch VIII. 150 Start-ups hätten sich registriert. Das von ihnen zu erstellende Proposal werde von einer Fachjury bewertet. Die 30 besten Teams erhielten eine Einladung zu einem Pitch. Die dort am besten bewerteten Teams kämen in das Batch und starteten am 2. März mit einem Kick-off-Meeting.

Gestartet sei das Projekt mit vier Branchen, die im Großraum Lübeck besondere Relevanz hätten: Ernährungswirtschaft, Life Science, Smart City und Logistik. Durch die Ausdehnung der Zuständigkeit auf ganz Schleswig-Holstein bediene das Projekt mittlerweile auch andere Cluster. Vor circa zwei Jahren sei das Thema Nachhaltigkeit noch stärker in den Fokus gerückt worden. Alle Teams hätten den Nachweis zu erbringen, dass sie mindestens eines der UN-Ziele erreichten.

GATEWAY49 habe im Laufe der vergangenen sechs Jahre 89 Teams begleitet. Zum Start, noch während der Pandemie, seien es nur sechs Teams gewesen, um zu prüfen, ob das Projekt funktioniere. Bereits 2021 sei der Übergang in den Regelbetrieb erfolgt. Mittlerweile unterstütze GATEWAY49 20 Teams pro Jahr: zehn Early-Stage-Teams, fünf Later-Stage-Teams, fünf Teams aus dem Excellence Track Renewable Energy.

Im aktuellen Batch seien deutlich mehr Anfragen und Bewerbungen aus dem ländlichen Raum zu verzeichnen. Dies sei Ausdruck der größeren Bekanntheit und Reichweite des Projekts. Vor dem Hintergrund der erhöhten Nachfrage habe GATEWAY49 ein Satellitenkonzept entwickelt. Der erste Satellit sei 2023 in Flensburg gestartet, gefolgt von Satelliten in Neumünster und Norderstedt. Gegenwärtig starte ein Satellit an der Westküste, der Satellit in Kiel sei in Vorbereitung. Damit werde GATEWAY49 für Start-ups im gesamten Land erreichbar sein.

Als Beispiel für eine Erfolgsgeschichte nennt Herr Stengel das Unternehmen Boomerang, das wiederverwertbare Verpackungen für den Onlinehandel anbiete. Das Unternehmen habe mittlerweile über 2 Millionen Euro akquiriert. Nach dem Start in Hamburg sei es nach Ahrensburg in Schleswig-Holstein übersiedelt. GATEWAY49 spreche also auch Start-ups außerhalb von Schleswig-Holstein mit dem Ziel an, sie nach Schleswig-Holstein zu holen.

Herr Dr. Schröder-Oeynhausen setzt fort, StickTo sei ebenfalls ein äußerst erfolgreiches Start-up; es erleichtere Schülerinnen und Schülern die Berufswahl. Beispiele für erfolgreiche Start-ups aus dem Energiebereich seien IO-Dynamics aus Flensburg, NAEKO Blue aus Bad Schwartau und EnergieDock aus Hamburg. IO-Dynamics übernehme mittlerweile für Unternehmen in ganz Deutschland das Ladestrommanagement. Die Bode-Spedition nutze für ihre Auflieger Diebstahlssicherungssysteme von KONVOI. In der Summe hätten Start-ups aus dem GATEWAY49-Kontext knapp 30 Millionen Euro an Funding- und Investmitteln erhalten. Die Überlebensrate der Start-ups liege zwischen 60 und 70 Prozent.

Die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein (MBG) sei 16 Mal an der Finanzierung beteiligt gewesen. Allerdings erfolge seitens der MBG nur eine Kofinanzierung. Der Kontakt zu Georg Banner, einem Beteiligungs- und Fondsmanager bei der MBG, sei mittlerweile sehr eng.

Eine Herausforderung bestehe darin, in der nächsten, 2027 beginnenden Förderperiode die Unternehmen noch stärker in die Pflicht zu nehmen, da das Land das Projekt nicht unbegrenzt unterstützen werde. Hinzugekommen seien bereits Unternehmen wie Acer mit Sitz in Ahrensburg und die ARGE NETZ. GATEWAY49 habe das Ziel, noch mehr Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien einzubinden. Der Supportstatus reiche von Platin über Gold und Silber bis hin zu Bronze. Die Platin-Mitgliedschaft sei mit der Mitgliedschaft in der Jury verbunden. Die über 100 Mentoren brächten zusätzliches Fachwissen ein.

Weiter führt Herr Dr. Schröder-Oeynhausen aus, die Digital Hub Initiative des Bundes (de:hub) verschränke Start-up-Ökosysteme deutschlandweit. GATEWAY49 unterstütze seit Juni 2025 als de:hub „Renewable Energy“ innovative Energie-Start-ups mit einem intensiven sechsmonatigen Coaching, einem starken bundesweiten Netzwerk und Zugang zu Pilotprojekten. Wesentliches Ziel sei es, bestehenden Initiativen einen Added Value zu bieten, indem Start-ups aus dem Bereich erneuerbare Energien, die auch aus anderen Bundesländern kommen könnten, mit Akteuren in Schleswig-Holstein vernetzt würden. Es zeige sich, dass die Start-up-Kompetenz sehr gut mit dem Umsetzungspotenzial in Schleswig-Holstein verknüpft werden könne. GATEWAY49 kümmere sich also nicht nur um Messeauftritte und Start-up-Pitches, sondern wolle Schleswig-Holstein auch als Leitregion für erneuerbare Energien sichtbar machen. Dies gelinge mit der de:hub-Initiative wunderbar.

GATEWAY49 habe in der 2027 beginnenden Förderperiode das Ziel, weiter zu skalieren und landesweit noch mehr Wirkung zu erzielen. Kiel solle in das Satellennetz aufgenommen werden; als Partner seien unter anderem schon das GEOMAR und die IHK gewonnen worden. Entscheidend für die Aufnahme in das Programm sei die Qualität des Konzepts beziehungsweise Proposals; es gebe keinen Regional- oder Branchenproporz. Ferner sei geplant, die Pilotprojekte auszubauen und das Thema Nachhaltigkeit weiterzuverfolgen; dazu bestehe auch ein enger Austausch mit dem Wirtschaftsministerium.

* * *

In der anschließenden Diskussionsrunde nimmt Abgeordneter Timmer darauf Bezug, dass in Europa der Anteil der Early-Stage-Finanzierung rund 20 Prozent des globalen Early-Stage-Volumens betrage, während der Anteil Europas an den globalen Later-Stage-Finanzierungen zuletzt nur noch bei rund neun Prozent gelegen habe.

Herr Dr. Schröder-Oeynhausen antwortet, die sogenannten Deep Pockets seien sicherlich eher in Hamburg und München zu finden. Schon deshalb sei die nationale Verknüpfung so wichtig. Zudem gebe es clevere Start-ups, die eine Finanzierung aus dem Ausland bewerkstelligt hätten. Er persönlich habe das Ziel, noch mehr Geld in der Baltic-Sea-Region zu generieren. Auf der SLUSH, dem wichtigsten Treffpunkt der Start-up-Szene weltweit, fänden Milliardenbeträge von Investoren ihre Abnehmer. Fünf Start-ups aus dem GATEWAY-Kontext seien auf der SLUSH 2025 in Helsinki vertreten gewesen.

Es gehe auch darum, die Start-ups in Schleswig-Holstein zu halten. MyProtectify sei zwar in Kiel gegründet worden, ziehe aber jetzt nach Hamburg, weil dort die Körber-Stiftung die Finanzierung darstelle. Dennoch dürfe das Engagement der MBG, der Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) und von Privatinvestoren in Schleswig-Holstein nicht kleingeredet werden.

Staatssekretärin Carstens ergänzt, die Problematik stelle sich in einem Land wie Schleswig-Holstein deutlich stärker als in Hamburg. Der Landesregierung sei dies bewusst und sie engagiere sich entsprechend. Schleswig-Holstein könne insoweit auch von einigen Entwicklungen in Hamburg profitieren. Auch in Sachen Start-up-Finanzierung gelte es, die Kräfte zu bündeln.

Abgeordnete Wentzel thematisiert die Kooperation mit den Hochschulen. An der Hochschule Flensburg sei der interdisziplinäre Studiengang „Gründung, Innovation, Entwicklung“ an den Start gegangen. Möglicherweise gebe weitere Verknüpfungspunkte.

Herr Stengel antwortet, die Verknüpfung mit der Hochschule Flensburg sei sehr eng. GATEWAY49 sei für den Aufbau eines Mentorenprogramms um Rat gefragt worden und unterstütze auch sonst das dortige Modell. Enge Kontakte bestünden aber zu allen Hochschulen im Land, auch nach Heide und Wedel. Nicht nur aus Lübeck und Kiel, sondern auch aus den kleineren Fachhochschulen erhalte GATEWAY49 mittlerweile viele Bewerbungen.

Abgeordnete Dr. Täck möchte wissen, ob GATEWAY49 potenzielle Fördermitglieder auch proaktiv anspreche. – Herr Dr. Schröder-Oeynhausen bejaht dies. GATEWAY49 spreche gezielt Unternehmen an, die zu den Start-up-Profilen passten.

Ferner bittet Abgeordnete Dr. Täck um Klarstellung, ob in dem Auswahlgremium nur Platin-Mitglieder vertreten seien. – Herr Dr. Schröder-Oeynhausen erklärt, auch „geborene Mitglieder“ seien in diesem Gremium vertreten, ebenso ein Alumni-Start-up. Die IHK und Possehl seien von Anfang an dabei gewesen. Die Hochschulen seien kleine Mitglieder. Gegenwärtig bestehe die Jury aus zwölf Mitgliedern. Wenn es zur Einwerbung von mehr Platin-Sponsoren komme, werde sicherlich das Gespräch mit den geborenen Mitgliedern gesucht.

Auf die weitere Frage der Abgeordneten Dr. Täck, ob sich die Mehrheit der Start-ups auf das Programmieren von Apps beziehungsweise das Bereitstellen digitaler Lösungen beschränke, antwortet Herr Dr. Schröder-Oeynhausen, er als promovierter Physiker habe großes Interesse daran, dass auch gute Hardware-Start-ups dabei seien; auch die Jury sei dafür sensibilisiert. Einige Start-ups beschäftigten sich mit Blutgasanalyse, Robotik oder Ultraschalllösungen für die Medizin. Der Weg zum Markt sei für Medizinprodukte allerdings länger, vor allem wegen der speziellen Zulassungserfordernisse. Dennoch treffe die Einschätzung zu, dass es eine große Zahl an Plattform-Programmierern gebe. Es erweise sich jedoch als schwierig, mit einer solchen Plattform tatsächlich Geld zu verdienen.

Abgeordneter Dr. Buchholz möchte wissen, wann GATEWAY49 von staatlicher Finanzierung unabhängig werde und sich selbst tragen könne. – Herr Dr. Schröder-Oeynhausen erklärt, GATEWAY49 freue sich über die Anschlussfinanzierung; die nächste Förderphase beginne 2027. GATEWAY49 wolle den Unternehmen noch stärker verdeutlichen, welche Nutzen sie davon hätten, dass Start-ups mit ihnen kooperierten. Der Anteil der staatlichen Finanzierung könne nur schrittweise zurückgeführt werden. Vielleicht gelinge es in sechs, möglicherweise erst in neun Jahren, völlig darauf zu verzichten. – Herr Stengel hebt die Bedeutung der Beteiligung des Landes als eines wichtigen Players hervor. Das sei auch für die Unternehmen wichtig; es habe eine gewisse Wirkung.

Auch Staatssekretärin Carstens hebt die gute Zusammenarbeit mit den Akteuren von GATEWAY49 hervor; sie könnten stolz auf das Erreichte sein. Es handele sich um ein Leuchtturmprojekt, das in das gesamte Land und darüber hinaus ausstrahle. Positiv festzustellen sei, dass die private Finanzierung des Projekts bereits einen erheblichen Anteil erreicht habe.

Abgeordneter Hein verbindet seinen Dank mit dem Angebot, gegebenenfalls Kontakt zu Unternehmen an der Westküste herzustellen.

Herr Dr. Schröder-Oeynhausen erklärt, auf dieses Angebot komme er gern zurück. In der kommenden Woche seien Vertreter von GATEWAY49 am Innovationszentrum Itzehoe, um zahlreiche Firmengespräche zu führen. Der Geschäftsführer der Gesellschaft für Technologieförderung Itzehoe, Christoph Kober, und die Geschäftsführerin der Entwicklungsgesellschaft Westholstein, Martina Hummel-Manzau, leisteten vor Ort bereits wertvolle Arbeit.

**3. Tätigkeitsbericht des Dänemark-Koordinators Adam Butter
(WTSH): Ein Jahr Landeskoordination Dänemark**

Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie
und Tourismus
Umdruck [20/5335](#)

Herr Butter, Dänemark-Koordinator der Landesregierung, trägt zentrale Punkte des Berichts, Umdruck [20/5335](#), vor. Er hebt unter anderem die Bedeutung der Netzwerkarbeit hervor, damit Schleswig-Holstein noch stärker als bisher von dänischen Unternehmen als attraktiver Standort wahrgenommen werde. In diesem Zusammenhang komme der Dänemarkstrategie der Landesregierung und der Zusammenarbeit mit der WTSH große Bedeutung zu. Das 3S Impuls Forum leiste einen großen Beitrag für die Intensivierung der Zusammenarbeit in den Grenzregionen Jütlandkorridor und Fehmarnbeltregion.

* * *

Abgeordnete Nitsch erinnert daran, dass bereits die Küstenkoalition eine umfassende Dänemarkstrategie entwickelt und die damalige Ministerin Spoorendonk schon 2014 einen Dänemark-Koordinator ernannt habe. Auch die Kooperationsvereinbarungen mit den Regionen Syddanmark und Sjælland bestünden schon seit einigen Jahren. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, was tatsächlich an Neuem hinzugekommen sei. – Herr Butter antwortet, neu sei die Fokussierung auf den wirtschaftlichen Aspekt der Zusammenarbeit. Die politische Zusammenarbeit funktioniere schon sehr gut.

Abgeordnete Nitsch erinnert ferner an die Empfehlungen der Studie „nordwärts“ und die Ankündigung Minister Madsens, vor allen Dingen die industrielpolitischen Potenziale der Grenzregion herauszuarbeiten. In dem vorliegenden Tätigkeitsbericht werde nicht deutlich, ob eine Spezialisierung auf bestimmte Cluster erfolge beziehungsweise ob geplant sei, Potenziale zielgerichtet in den Branchen Maschinenbau und Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln zu heben. Die Bemühungen müssten über die Ansiedlung der Fastfoodkette „Sunset Boulevard“ in Harrislee hinausgehen.

Minister Madsen betont, auch die gegenwärtige Landesregierung arbeite intensiv an der weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit mit Dänemark. Die Feste Fehmarnbeltquerung werde insoweit einen enormen Schub bringen. Der One-Stop-Shop mit Lotsenfunktion erleichtere die Ansiedlung dänischer Unternehmen in Schleswig-Holstein erheblich.

Er führt weiter aus, in Dänemark habe lange die Auffassung vorgeherrscht, nur Hamburg, Berlin und München seien attraktive Standorte in Deutschland. Die Landesregierung und speziell der Dänemark-Koordinator wirkten daraufhin, die Attraktivität Schleswig-Holsteins als Wirtschaftsstandort hervorzuheben.

Hinsichtlich der Branchen ergäben sich im Laufe der Zeit Verschiebungen. Momentan erfahre die Zusammenarbeit im Bereich der Wehrindustrie eine erhebliche Verstärkung.

Wirtschaftsstaatssekretärin Carstens nimmt auf Fragen der Abgeordneten Nitsch und des Abgeordneten Stender zu den Ansiedlungszahlen Stellung. Sie führt aus, bereits Gespräche mit der IHK Flensburg geführt zu haben, um zu klären, welche weiteren Daten es gebe. Die Situation stelle sich so dar, wie sie im vorliegenden Tätigkeitsbericht beschrieben werde. Wer in erster Linie Büroflächen suche, kontaktiere meist nicht die Wirtschaftsförderungsgesellschaft, sondern einen Steuerberater, der insoweit quasi als One-Stop-Shop fungiere. Um ein genaues Gesamtbild zeichnen zu können, bedürfe es jedoch detaillierterer Angaben als bisher. Insoweit bestehe auch Kontakt mit der Investitionsbank und der Bürgerschaftsbank Schleswig-Holstein. Die Thematik sei komplex. Das Ministerium sei gern bereit, zu einem späteren Zeitpunkt den Ausschuss über den Fortgang der Bemühungen zu unterrichten.

Herr Butter ergänzt, ein Kriterium der WTSW laute, ob innerhalb eines bestimmten Zeitraums eine bestimmte Personenzahl eingestellt werde. Viele dänische Investitionen in Schleswig-Holstein beträfen allerdings die Stromerzeugung, zum Beispiel durch Solar- und Windparks; dafür werde in der Regel kein Personal eingestellt. Obwohl es sich um eine dänische Ansiedlung handele, zähle sie in der Statistik nicht mit.

Auf eine Frage des Abgeordneten Stender zu den im Tätigkeitsbericht erwähnten 50 Mobilitätsbarrieren antwortet Herr Butter, der Abbau vollziehe sich in einem langen Prozess. Dabei seien viele bürokratische Fragen zu klären, vor allem von den Regierungen in Berlin und in Kopenhagen. Bezogen auf Schleswig-Holstein liege die Zuständigkeit für das Cross Border

Panel in der Staatskanzlei. Dessen Mitglieder hätten sich im Dezember 2025 erneut getroffen, und einige Ergebnisse seien bereits erzielt worden. Der Dänemark-Koordinator und das Cross Border Panel konzentrierten sich jeweils auf unterschiedliche Arbeitsbereiche. Dennoch gebe es eine enge Zusammenarbeit. Die Landeskoordination gebe Informationen weiter, wenn es zu Problemen komme, sowie dazu, welche Barrieren eher auf der Bundes- als auf der Landesebene abgebaut werden könnten. – Minister Madsen ergänzt, er wolle die Staatskanzlei bitten, zu dieser Frage dem Ausschuss weitere schriftliche Informationen zuzuleiten.

Auf eine Frage des Abgeordneten Vöge betont Herr Butter, die Landeskoordination Dänemark stehe in engem Kontakt mit dem Hansebelt e. V. Auch ein Besuch vor Ort sei bereits erfolgt. Die Zusammenarbeit mit der IHK Lübeck und anderen Akteuren in der Fehmarnbeltregion sei ebenfalls eng. Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Fehmarn seien im Verlauf der vergangenen zwei Jahre deutlich aktiver in Sachen deutsch-dänischer Zusammenarbeit geworden. Sie fragten nach Kontaktmöglichkeiten zur dänischen Seite und nach sonstiger Unterstützung. Er freue sich, dass er als Dänemark-Koordinator seine Hilfe anbieten könne.

Auf den Hinweis des Abgeordneten Timmer, dass es die Tendenz gebe, für das Umfeld von Umspannwerken Ansiedlungsstrategien zu entwickeln, erklärt Herr Butter, es gebe im Energiebereich Projekte; zu den Details müsse er an die Fachleute im Ministerium verweisen. – Minister Madsen ergänzt, das Land unterstütze durchaus Bemühungen, an Standorten der Erneuerbare-Energien-Erzeugung neue Wertschöpfungsketten entstehen zu lassen. Die WTSB biete Interessenten entsprechende Unterstützung an.

Auf eine weitere Frage des Abgeordneten Timmer betont Herr Butter, INTERREG sei für seine Arbeit durchaus wichtig; er stehe mit dem INTERREG-Büro im Austausch. Vor dem Hintergrund der 2028 beginnenden neuen Förderperiode sei zu klären, welche Projekte Priorität hätten und wie das Geld verteilt werden solle.

Über mehr Stellen – eine Anregung des Abgeordneten Stender – würde er sich natürlich freuen, so Herr Butter abschließend. – Minister Madsen erklärt, eine personelle Aufstockung sei erst einmal nicht vorgesehen.

4. **Abschlussbericht der Landesregierung über den Umsetzungsstand der im Rahmen des Normenscreenings Planungsschleunigung**

Umdruck [20/5733](#)

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

5. a) Echte Verfahrensbeschleunigung für Infrastrukturvorhaben – Legalplanung nach dänischem Vorbild

Antrag der Fraktion des SSW
Drucksache [20/2207](#)

b) Alle Möglichkeiten der Planungsbeschleunigung nutzen!

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache [20/2225](#)

(überwiesen am 21. Juni 2024)

hierzu: Umdrucke [20/3487](#), [20/3516](#), [20/3520](#), [20/3521](#), [20/3535](#),
[20/3536](#), [20/3537](#), [20/3538](#), [20/3539](#), [20/3562](#),
[20/3680](#), [20/4149](#), [20/4282](#), [20/4364](#), [20/5033](#),
[20/5516](#)

Schlussfolgerungen des Normenkontrollrates für schnellere Genehmigungsverfahren umsetzen

Antrag der Fraktion der FDP
Umdruck [20/5654](#)

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

**6. Bericht über die Energieministerkonferenz (EnMK) vom 3. bis
5. Dezember 2025 in Stralsund**

Angebot des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt
und Natur

Der Ausschuss nimmt den schriftlich zugeleiteten Bericht des Energiewendeministeriums zur Kenntnis (Umdruck [20/5841](#) – neu).

7. Fachgespräch

a) Hafeninfrastruktur in Schleswig-Holstein nachhaltig finanzieren und ausbauen

Antrag der Fraktion des SSW
Drucksache [20/3176](#)

(überwiesen am 23. Mai 2025)

b) Landeshafenstrategie Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache [20/3830](#)

(im Wege der Selbstbefassung gemäß Artikel 23 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung in Verbindung mit § 14 der Geschäftsordnung des Landtages)

hierzu: Umdruck [20/5738](#)

Deutscher Gewerkschaftsbund – Bezirk Nord

Heiko Gröpler, Abteilungsleiter (per Video)

Umdruck [20/5826](#)

Herr Gröpler, Abteilungsleiter für Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik im DGB-Bezirk Nord, trägt im Wesentlichen die Stellungnahme [Umdruck 20/5826](#) vor.

Er betont insbesondere die Notwendigkeit eines deutlich stärkeren finanziellen Engagements des Bundes zur Deckung des Investitionsbedarfs, der allein für die Häfen in Schleswig-Holstein mittlerweile bei mindestens 1,5 Milliarden Euro liege. Auch eine landeseigene öffentlichen Investitionsgesellschaft, die der DGB bereits vor einigen Jahren vorgeschlagen habe, ändere nichts an der zentralen Verantwortung des Bundes. Der Kritik des bayerischen Ministerpräsidenten sei entgegenzuhalten, dass Norddeutschland gegenwärtig für die Sicherstellung der Energieversorgungssicherheit Bayerns zahle. Bei diesem ungerechten Zustand könne es nicht auf Dauer bleiben. Die Verwendung von IMPULS-Mitteln des Landes komme ebenfalls nicht infrage, wenn es um die Versorgung der gesamten Bundesrepublik gehe.

Gesamtverband Schleswig-Holsteinischer Häfen e. V. (GvSH)

Frank Schnabel, Vorstandsvorsitzender (per Video)

Herr Schnabel, Geschäftsführer der Schramm Group und der Brunsbüttel Ports GmbH sowie Vorstandsvorsitzender des Gesamtverbands Schleswig-Holsteinischer Häfen (GvSH), verweist einleitend auf seine langjährige Erfahrung bei der Begleitung der Umsetzung von Hafenkonzepten. Der GvSH habe vor einigen Jahren bereits ein eigenes Hafenkonzept auf den Weg gebracht, an dem das Land beteiligt gewesen sei. Daher überrasche es nicht, dass die Landeshafenstrategie hauptsächlich Informationen beinhalte, die allen bekannt seien, und Forderungen formuliere, die nicht nur der GvSH seit Langem erhebe. Dies betreffe auch die von Herrn Gröpler erhobene Forderung nach mehr Geld. Es gebe kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem.

In den vergangenen drei Jahren sei allerdings die Bedeutung der Häfen für die Versorgungssicherheit in Deutschland deutlich stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit getreten. So sichere das LNG-Terminal Brunsbüttel die Gasversorgung. In Zukunft würden über die Häfen auch grüne Energieträger importiert; ohne Importe werde die Energiewende nicht gelingen. Abgeschiedenes Kohlendioxid werde über die Häfen zu den Verpressungsgebieten exportiert.

Ferner hebt Herr Schnabel die Notwendigkeit einer deutlichen Beschleunigung der Genehmigungsprozesse hervor. Die Bereitstellung von Geld allein bringe wenig, wenn die Realisierung von Vorhaben aufgrund bürokratischer Hürden nicht vorankomme. Zudem bedürfe des der Verbesserung der Hinterlandanbindung der Häfen, insbesondere durch die Schiene.

Schließlich weist Herr Schnabel darauf hin, dass es Bestrebungen gebe, die Auflagen für Häfen im Hinblick auf Lärm zu verschärfen. Eine solche Verschärfung werde sich nachteilig auf die Hafenentwicklung auswirken.

Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein

Dr. Sabine Schulz, Federführung Maritime Wirtschaft

Umdruck [20/5843](#)

Frau Dr. Schulz, Federführerin Maritime Wirtschaft bei der IHK Schleswig-Holstein, trägt die Stellungnahme [Umdruck 20/5843](#) vor. Zusätzlich weist sie darauf hin, dass die Nationale Hafenstrategie auch Themen beinhaltet, für die die Bundesländer zuständig seien. Schließlich regt Frau Dr. Schulz die Bildung eines Fonds an, mit dem vor allen Dingen kleinere, nicht unmittelbar in der Zuständigkeit des Landes liegende Häfen an der Westküste unterstützt werden könnten.

Logistik Initiative Schleswig-Holstein

Holger Matzen, Vorstandsvorsitzender

Roy Kühnast, Vorstand und Geschäftsstellenleitung

Umdruck [20/5807](#)

Herr Matzen unterstützt vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen als Logistiker und Spediteur die zentralen Forderungen der Vorrednerinnen und Vorredner. Insbesondere die Umsetzung von Vorhaben müsse beschleunigt werden. Die Anregung Herrn Gröplers, eine Gemeinschaftsaufgabe „Häfen“ gemäß Artikel 91a des Grundgesetzes zu beschließen, finde ebenfalls seine Zustimmung.

Ferner mahnt er eine bessere Bahnbindung der Häfen und den Ausbau der Bahnlinien an, damit diese den erhöhten Güterverkehr bewältigen könnten. Frau Börke als Railcoach führt darüber bereits intensive Gespräche. Ein positives Beispiel bilde das Agieren des Unternehmens Liebherr am Rostocker Hafen. Es erweiterte fortwährend seine Produktionskapazität, belaste aber die Straßen nicht übermäßig, sondern verlade die meisten Teile seiner Großkrane direkt auf Schiffe.

Im Übrigen verweist Herr Matzen auf die Stellungnahme [Umdruck 20/5807](#).

Herr Kühnast hebt ebenfalls die Notwendigkeit einer besseren Hinterlandanbindung hervor. Unklare Zuständigkeiten von Bund und Land wirkten sich erschwerend aus; dies zeige sich aktuell bei der Verlegung eines ungünstig gelegenen Gleises.

* * *

Auf eine Frage der Abgeordneten Waldeck antwortet Frau Dr. Schulz, die Ausbaunotwendigkeit in Bezug auf den Elbe-Lübeck-Kanal bleibe bestehen; allerdings solle mit dem Ausbau gewartet werden, bis der Bund Mittel dafür zur Verfügung stelle. Der Ausbau werde vermutlich erst in vielen Jahren beginnen können. Dennoch solle die logistische Kapazität des Kanals genutzt werden. Dazu sei insbesondere die Befahrbarkeit sicherzustellen. Die IHK habe ein Gutachten in Auftrag gegeben, um erweiterte Nutzungsmöglichkeiten auch vor dem großen Ausbau zu eruieren. Das Fraunhofer-Center für Maritime Logistik und Dienstleistungen schlage unter anderem den Einsatz automatisierter beziehungsweise teilautomatisierter Schubverbände vor. Der Sanierungsbedarf sei hoch. Wenn die Schleusen nicht mehr funktionierten, komme die Schifffahrt zum Erliegen. Darunter leide auch der Tourismus.

Auf eine weitere Frage der Abgeordneten Waldeck wiederholt Frau Dr. Schulz ihre Einschätzung, dass bestimmte Punkte, die die Nationale Hafenstrategie enthalte, auch in der Landeshafenstrategie zu finden seien. Der Grund für die doppelte Aufnahme dieser Punkte erschließe sich ihr nicht. Es reiche aus, in der Landeshafenstrategie darauf zu verweisen und eine Konkretisierung für die Häfen in Schleswig-Holstein vorzunehmen. Die Landeshafenstrategie könne nicht isoliert von der Nationalen Hafenstrategie betrachtet werden.

Auf eine Frage des Abgeordneten Vöge erklärt Herr Matzen, NPorts als Betreiber der landeseigenen Häfen in Niedersachsen leiste dort gute Arbeit. Auch die Vermarktung funktioniere dort sehr gut. Die Häfen in Schleswig-Holstein seien dagegen quasi als Einzelkämpfer unterwegs. Möglicherweise empfehle sich die Gründung einer Dachgesellschaft, die allerdings keinen zu hohen administrativen Aufwand verursachen dürfe.

Frau Dr. Schulz schließt sich der positiven Einschätzung von NPorts an. Davon legten die Häfen Cuxhaven und Wilhelmshaven ein beredtes Zeugnis ab. Eine solche Entwicklung sei auch für Büsum und Husum wünschenswert.

Herr Schnabel ergänzt, er kenne sich auch aufgrund persönlicher Beziehungen sehr gut mit der Situation der niedersächsischen Häfen und dem Marketing durch „Seaports of Niedersachsen“ aus. Daher wolle er darauf hinweisen, dass es in Niedersachsen fast nur Landeshäfen gebe. Das Land statte diese Häfen finanziell sehr großzügig aus. NPorts verwalte die Häfen, „Seaports of Niedersachsen“ betreibe das Marketing. Die Struktur in Niedersachsen sei also

nicht so kompliziert wie die in Schleswig-Holstein, wo es kleinere private Häfen gebe, halbpri-
vate Häfen, kommunale Häfen, Bundeshäfen, Häfen an der Westküste und Häfen an der Ost-
küste. Die Vergleichbarkeit mit Niedersachsen sei nicht ohne Weiteres gegeben.

Das Ziel der besseren Vermarktung teile er aber, so Herr Schnabel weiter. Dafür engagiere
sich auch der GvSH. Gegebenenfalls müsse für eine gemeinsame Vermarktung eine eigene
Struktur geschaffen werden; allerdings würden sich die einzelnen Häfen weiterhin auch selbst
vermarkten. Auf der Messe München übernehme dies für Brunsbüttel der Hafen Hamburg Mar-
keting e. V. Dass es den GvSH überhaupt gebe, sei schon ein Fortschritt, da die Interessen der
Häfen extrem unterschiedlich seien, wodurch die Fokussierung auf wenige Themen erschwert
werde.

Auf eine weitere Frage des Abgeordneten Vöge erinnert Frau Dr. Schulz daran, dass der Bund
gegenwärtig nur 38,5 Millionen Euro für alle Seehäfen ausgebe. Das Land werde gebeten,
beim Bund auf eine deutliche Anhebung hinzuwirken und entsprechende Initiativen der IHK
und anderer Verbände zu unterstützen. Es bedürfe eines gemeinsamen Auftretens aller Küs-
tenländer.

Auf die Nachfrage des Abgeordneten Vöge zu möglicherweise verschärften Lärmvorschriften
nimmt Herr Schnabel auf das LNG-Terminal Bezug. Dabei handele es sich de facto um ein
Schiff. In Schleswig-Holstein werde es – im Gegensatz zu Niedersachsen – als Industrieanlage
behandelt. Dafür kämen jedoch andere Lärmgrenzwerte zur Anwendung als für normale Schif-
fe, die einen Hafen anliefern. Bisher seien die Häfen unter bestimmten Bedingungen von der
Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) ausgenommen. Im vorliegenden
Fall seien allerdings Grenzwerte angeordnet worden. Auch der Geschäftsführer des Kieler
Hafens, Herr Claus, habe bereits auf das Problem aufmerksam gemacht. Zudem fänden dar-
über Gespräche mit Herrn Dr. Lüsse und seinem Team aus dem Wirtschaftsministerium statt.

Auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Buchholz betont Herr Matzen, auch nach Inbetriebnah-
me des Fehmarnbelttunnels werde es wahrscheinlich noch Fährverkehr von und nach Kiel und
Lübeck geben. Allerdings müsse vor Investitionen in die Hafeninfrastruktur geprüft werden,
welche wirtschaftlichen Potenziale dadurch gehoben werden könnten. Eine Infrastruktur, die
nicht genutzt werde, bringe niemandem etwas. Das zentrale Problem bleibe aber die Umset-
zungsdauer. Die lange Zeitdauer für die Verlängerung der Eisenbahnstränge in den Lübecker

Hafen sei nur ein negatives Beispiel. – Frau Dr. Schulz ergänzt, dass die Schienenhinterlandanbindung des Kieler Hafens nicht gut sei. Insbesondere auf der Ostseite der Förde gebe es insoweit Verbesserungsmöglichkeiten.

Auf eine weitere Frage des Abgeordneten Dr. Buchholz erklärt Frau Dr. Schulz, es sei erstaunlich, dass die Häfen Kiel und Lübeck es trotz der schwierigen Rahmenbedingungen geschafft hätten, den Ladungsumschlag stabil zu halten. Ob es zu Wachstum komme, hänge erheblich von der weiteren geopolitischen Entwicklung ab. Vor allem an den Westküstenhäfen stehe weniger das Wachstum, sondern eher der Aspekt einer stabilen Versorgung im Vordergrund. Auch der Tourismus könne eine Option sein.

Herr Schnabel verweist als positives Beispiel auf den von der Glückstadt Port GmbH & Co. KG, einem Unternehmen der Schramm Group, betriebenen Landeshafen in Glückstadt. Dieser Hafen stehe kaum im Zentrum der Aufmerksamkeit, obwohl dort alles ohne größere Probleme funktioniere. Auch dort bedürfe es allerdings gewisser Investitionen, insbesondere für mehr Tiefgang. Er biete an, auch andere Landeshäfen zu betreiben; allerdings müsse dann auch das Land etwas tun.

Auf eine Frage der Abgeordneten Waldeck hebt Herr Matzen die Notwendigkeit hervor, die Verwendung der 140 Millionen Euro aus dem Sondervermögen rasch zu konkretisieren.

Herr Gröpler ergänzt, die Forderung in dem SSW-Antrag ergebe durchaus Sinn. Eine Bündelung sei auch deshalb notwendig, um die Kreditaufnahme zu erleichtern beziehungsweise überhaupt erst zu ermöglichen. Es dauere zu lange abzuwarten, bis die Gelder zusammenge spart worden seien. Es handele sich um Investitionen, die per Kredit finanziert werden könnten. Maßnahmen zum Erhalt und zum Ausbau der Infrastruktur – auch der Hafeninfrastruktur – bedürften der langfristigen Absicherung.

Auf eine Frage des Abgeordneten Hölck erklärt Frau Dr. Schulz, inwiefern die gegenwärtigen Planungen in zeitlicher Hinsicht realisierbar seien, könne nur schwer beurteilt werden. Hinzu komme, dass 140 Millionen Euro gemessen am gesamten Investitionsbedarf nicht viel Geld seien.

Herr Schnabel ergänzt, die Unternehmen warteten nicht auf eine Strategie, sondern viele hätten im Verlauf von Jahrzehnten bereits eigene Strategien entwickelt und handelten dementsprechend.

Herr Gröpler schließt sich der Einschätzung an, dass 140 Millionen Euro nicht ausreichten. Dies werde schon daran deutlich, dass der Bund in Bremerhaven 1,35 Milliarden Euro investiere.

Zudem erneuert Herr Gröpler seine Forderung, bei der Realisierung von Vorhaben und auch bei Gerichtsverfahren schneller zu werden. Die rasante Veränderung der Weltlage verdeutliche diese Notwendigkeit umso mehr. Das Vorhaben in Brunsbüttel habe nur deshalb so rasch realisiert werden können, weil sämtliche Planungskapazitäten darauf konzentriert worden seien.

Auf eine weitere Frage des Abgeordneten Dr. Buchholz führt Herr Schnabel aus, seit 20 Jahren verfolge er das Ziel, Brunsbüttel zu einem Energiehub zu entwickeln. Nach langer Vorlaufzeit werde dieses Vorhaben nun auf den Weg gebracht. Zudem werde der Kohlendioxid-Export als Teil der Dekarbonisierung das große Thema der Zukunft sein, dessen Bedeutung leider immer noch unterschätzt werde.

Zum Abschluss der Diskussion betont Abgeordneter Vöge, seine Anregung zur Bündelung von Zuständigkeiten sei auf die Häfen, auf die das Land Einfluss habe, bezogen gewesen. Es sei klar, dass nicht alle Häfen in Schleswig-Holstein zusammengefasst werden könnten.

8. Daten effizienter vernetzen

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache [20/2749](#)

(überwiesen am 31. Januar 2025 an den Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss)

hierzu: Umdrucke [20/4548](#), [20/4635](#), [20/4640](#), [20/4641](#), [20/4642](#),
[20/4643](#), [20/4655](#), [20/4663](#), [20/4664](#), [20/4667](#),
[20/4668](#), [20/5080](#)

Einstimmig beschließt der Ausschuss, die Landesbeauftragte für Datenschutz zu dem Thema in eine der nächsten Sitzungen einzuladen und die Beratung im Übrigen zu vertagen.

9. Bericht zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Bericht der Landesregierung
Drucksache [20/3748](#)

(überwiesen am 12. Dezember 2025)

– Verfahrensfragen –

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Bericht [Drucksache 20/3748](#) in einer der nächsten Sitzungen mit dem Wirtschaftsministerium zu beraten.

10. Information/Kenntnisnahme

Umdrucke [20/5723](#) (vertraulich), [20/5724](#) (nicht öffentlich) – ersetzen zusammen den vertraulichen Umdruck [20/5578](#), Haushalt 2026, Antworten zu Einzelplan 06; Teilnahmelisten Nordwärts-Dinner

Umdruck [20/5775](#): Landesverordnung über vorübergehende Ausnahme bei elektronischen Aktenführung, Zuständigkeitsbereiche Bußgeld

Unterrichtung [20/300](#): Bundesratsinitiative zur Änderung der StVO zum Schutz von Einsatzkräften

Unterrichtung [20/301](#): Bundesratsinitiative, Klimaschutzprogramm des Bundes

Unterrichtung [20/310](#): Ergebnisprotokoll MPK vom 4. Dezember 2025

Die Ausschussmitglieder nehmen die aufgeführten Vorlagen zur Kenntnis.

11. Verschiedenes

Der Vorsitzende informiert über Aktualisierungen im Terminplan ([Umdruck 20/5839](#)):

- 18. Februar 2026, 10 Uhr, auswärtige Sitzung bei der Handwerkskammer Flensburg,
- Haushaltsberatungen mit dem Finanzausschuss am 28. Oktober 2026 (10 Uhr Staatskanzlei, 14 Uhr MWVATT) und 2. November 2026 (13 Uhr MEKUN),
- Sitzungsbeginn am 4. November 2026 um 10 Uhr

Die Ausschussmitglieder kommen überein, auf Anfrage der Bundesbank deren Informationsangebot zum digitalen Euro als Bericht in einer kommenden Sitzung vorzusehen.

Der Ausschuss verständigt sich zum Thema Landesstraßensanierung – [Drucksache 20/3440 \(neu\)](#), 2. Fassung, und [Drucksache 20/3554](#) – im Hinblick auf das Schreiben des Verkehrsministeriums, [Umdruck 20/5588](#), darauf, die Beratung mit dem LBV.SH für eine der nächsten Sitzungen, separat von der Einladung des Gutachterbüros PMS, vorzusehen.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Claussen, schließt die Sitzung um 13:55 Uhr.

gez. Claus Christian Claussen
Vorsitzender

gez. Svenja Reinke-Borsdorf
Geschäfts- und Protokollführerin